

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



Juni / Juli 2022

Windpark Rottenburg: Projekt mit großen Fragezeichen Noch nichts „in Stein gemeißelt“?

Nach einer ersten Präsentation im Gemeinderat traf die Öffentliche Information in der Festhalle vor rund 400 Interessierten, hauptsächlich aus den vier betroffenen Teilorten, auf breites Interesse. Zwischen Hailfingen, Oberndorf, Wurmlingen und Wendelsheim sollen acht Windräder errichtet werden.

Bereits Ende 2020 hat die Firma Althus AG eine „Potenzialanalyse“ dafür erstellt. Sie dient der Stadt und den Stadtwerken als Entscheidungsgrundlage.

Da alle auf Rottenburger Gemarkung liegen, könne die Windenergie an einem Standort gebündelt werden und die Wertschöpfung bleibe in der Stadt, Pachteinnahmen und Gewinne könnten für kommunale Investitionen genutzt werden – so OB Neher im Vorwort der Informationsbroschüre.

Erhöhter Strombedarf durch wen?

Die Notwendigkeit für acht Windräder wird doppelt begründet. Zum einen

geht es um die von niemandem bestrittene Klimawende, weg von den fossilen Energiequellen (Erdgas, Erdöl und Kohle). Windkraft, Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse sollen sie



ersetzen, den schädlichen CO₂-Ausstoß senken und die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad beschränken.

Zweitens gebe es in Rottenburg beim Stromverbrauch eine große Lücke zwischen dem Strom der Stadtwerke aus eigenen Quellen und dem restlichen

Bedarf. Nach Auskunft der Stadtwerke (SWR) hat Rottenburg aktuell einen Gesamtstrombedarf von 133.256 MWh, davon für Haushalt/ Kleingewerbe/ Dienstleister 80.705 MWh (ca. 21.000 Haushalte), 49.876 MWh für rund 800 Gewerbebetriebe und 2.675 MWh für die Stadt. Die SWR liefern 64.015 MWh „reinen Ökostrom“, der Rest wird von rund 190 Stromlieferanten mit unterschiedlichem Strommix geliefert.

Von einer „Energie-Autarkie“ (OB Neher) durch acht Windräder zu reden, ist grob irreführend: Aufgrund der globalen und regionalen Stromnetze gibt es für Rottenburg kein in sich geschlossenes Stromnetz, das unabhängig (autark) wäre. Jeder Betrieb und Bürger kann seinen Lieferanten aus ganz Deutschland frei wählen. Die elf Mio. Kilowattstunden der acht Windrädern beliefern sowohl Gewerbebetriebe wie Privathaushalte.

>>>

Und weiter:

Bauplatzvergabe - Wozu Richtlinien? Seite 5

Rottenburgs Kinderbetreuung mit großen Lücken Seite 7

Verpachtungsentscheidung - Ist alles schon eingetütet? Seite 8

Offener Brief: Erweiterung des Steinbruchs Seite 9

Schlachthof in Gärtringen als Lösung Seite 11



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Geringer Flächenverbrauch?

Sechs Windkraft-Anlagen (WKA) in städtischem Besitz liegen im Wald, zwei weitere auf Privatflächen. Laut Frau Alte (Althus-AG) würden diese Flächen für 14 WKAs reichen. Der Flächenverbrauch für die acht Windräder beträgt Gesamtfläche 7,2 ha, davon 3,2 ha dauerhaft, also 4 ha für Bauarbeiten und Anlieferung. Richtig ist, Windräder haben im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien (Biomasse, PV-Anlagen) den geringsten Flächenbedarf. Irreführend ist, den Flächenverbrauch von WKA im Wald mit dem von PV-Anlagen auf Gebäudedächern zu vergleichen, denn dort wachsen keine Bäume. Die bebaute Grundfläche ist bereits versiegelt.

Der Wald ist wichtig für Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung und gilt als CO₂-Speicher. Deshalb gibt es zu Recht in der Bevölkerung (auch in Rottenburg) breiten Widerstand gegen jeden Hektar weiterer Abholzung und Flächenversiegelung (Autobahnzubringer, dreispurige B28 neu, Flugfeld Baisingen usw.). Ein über Jahrzehnte gewachsener Wald ist durch keine „Ausgleichsmaßnahme“ ersetzbar! PV-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden (z.B. VHS-Neubau!) sind allemal sinnvoller, als Wald abzuholzen.

Verkürzte CO₂-Bilanz

Der Aufbau der acht WKA benötigt rund 8.000 t CO₂, dann werden jährlich ca. 7.000 Tonnen CO₂ eingespart (städt. Broschüre). In dieser Berechnung sind nicht die Kosten für die Produktion der Türme, der Rotoren, des Betons für das Fundament und die Entsorgung nach 20 Jahren Betriebsdauer enthalten. Hier wird – ähnlich wie beim teuren Abbau von Atomkraftwerken – gemogelt. Für Rotorblätter gibt es noch kein Recycling, sie gelten als Sondermüll, der Beton für die Sockel der WKA bleibt dauerhaft im Boden. Nötig wäre bei Vertragsabschluss eine Rücklage für den Abbau, damit die Stadt als Mitbetreiber später nicht auf hohen Kosten sitzen bleibt.

Wenn Strom aus Windenergie den CO₂-Ausstoß verringern soll, muss die Stadt für ihre Glaubwürdigkeit dringend weitere Initiativen ergreifen: Die Erweiterung des Steinbruchs Frommenhausen um 4,4 ha mit mindestens 250 LKW-Fahrten täglich muss verhindert werden. Ebenso die Zementpro-

duktion von Holcim in Dotternhausen: Eine Tonne Zement benötigt eine Tonne CO₂. Durch dauernde Ausnahme genehmigungen des RP Tübingen mit Präsident Tappeser ist Holcim einer der 30 größten schädlichsten CO₂-Verursacher in Deutschland. Zudem muss die Stadt bei Neubauten deutlich mehr Beton durch Holz ersetzen und auf städtischen Gebäuden PV-Anlagen zwingend vorschreiben.

Kommunaler Ertrag durch Windpark

Für den Windpark soll eine Betreiber-gesellschaft gegründet werden. SWR-Geschäftsführer Martin Beer will die Stadtwerke mit 50 Prozent daran beteiligen, damit die Wertschöpfung in der Stadt bleibt. Die



Investition für die acht WKA liegt zwischen 56 und 60 Mio. Euro. Es können sich private Investoren wie die Bürgergenossenschaft Erneuerbare Energien beteiligen. Spekuliert wird auf die Verpachtung der Flächen (jährlicher Festbetrag) und die Gewerbesteuer, die erst nach etwa 14 Jahren fließt. In Straubenhardt erhält die Kommune

pro Windrad ca. 23.000 Euro jährliche Pacht. Aufschlussreich ist das Argument von Rolf Pfeifer (Beratungsfirma Endura kommunal): Wegen der steigenden Energiepreise füllen die WKA auf jeden Fall die städtischen Kassen. Hauptpreistreiber beim Strom ist die (erhöhte) CO₂-Abgabe.

Die Strategie des Landes

Rottenburgs Windpark soll Teil eines bundes- und landesweiten Ausbaus der Windenergie werden, um möglichst viel billigen Industriestrom zu erzeugen. Der bundesweite Strombedarf soll um 30-50 Prozent wachsen, hauptsächlich für die Industrie („grüner“ Wasserstoff für Chemie- und Stahlproduktion) und für den Wärmebereich. So hat die Bundesregierung beschlossen, dass jedes Bundesland mindestens zwei Prozent Fläche für Windparks bereitstellen muss. Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) droht, bei Nichteinhaltung werde die Abstandsregel von 1.000 Metern WKA zur Wohnbebauung (Lärmschutz) aufgehoben.

In Stuttgart will die grün-schwarze Landesregierung eine bundesweite

Vorreiterrolle für „Klimaneutralität“ und klimaneutrale Produktion erreichen, vor allem für die Automobilproduktion (Abschaffung des Verbrenner-Motors bis 2035) und für die Digitalisierung: „Wir wollen in Baden-Württemberg die erste klimaneutrale Wirtschaft der Welt werden und zum Leitmarkt und Leitanbieter für grüne Technologien.“ (MP Kretschmann anlässlich der neuen Brennstoffzellenfabrik in Weilheim/ Teck, Stuttg. Z., 27.4.2022) Der grüne Finanzminister Bayaz will das Cyber Valley Tübingen mit 180 Mio. Euro zum schwäbischen Silicon-Valley pushen: „Wir investieren, damit Baden-Württemberg das Kalifornien Europas wird.“

Zur Umsetzung dieser Strategie hat die Landesregierung im März 2022 eine „Task Force“ unter Leitung von Andreas Baumann gebildet, die die vier Regierungsbezirke (und damit die Regierungspräsidien als Genehmigungsbehörden!) bei der Halbierung der Genehmigungszeiten, der Sichtung von Flächen für Windräder durch Verkauf von Staatswaldflächen und Ausschaltung von Bürgerprotest (verkürzter Klageweg) „berät“. In zwei Tranchen hat die Landesregierung schon 2.700 Hektar Landesforst für Windparks verpachtet und damit ihren Landeshaushalt aufgeschönt: Seit 2012 sind ihre Pachteinnahmen von 115.000 Euro auf 3,8 Mio. Euro hochgeschwollen. Kein Wunder, dass Teilnehmer an der Präsentation in der Festhalle Rottenburg den Eindruck hatten, es gehe nur ums Geld und nicht um Natur und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.

Wie weiter?

Für eine ehrliche und ergebnisoffene Diskussion brauchen wir eine respektvollen Atmosphäre zwischen Befürwortern, Skeptikern und Gegnern und eine breite, ehrliche Information über alle Fakten statt Ausgrenzung von unangenehmen Fragen oder Argumenten.

Als Nächstes steht im Spätherbst ein Pachtvertrag an, der ein Jahr lang eine vertiefte Prüfung (u.a. Windhöflichkeit, Natur- und Artenschutz, Beeinträchtigung durch (Infra-)Schall ...) ermöglichen soll, bevor Entscheidungen durch Ortschaftsräte und Gemeinderat fallen. Das ist angesichts dieses vielschichtigen Projektes auch dringend nötig!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Wie ein russischer Oligarch an Stuttgart 21 verdient

Die Skandale um Stuttgart 21 reißen nicht ab. Nun kommt eine neue Meldung, die im engen Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine steht. Ein russischer Oligarch, der über ein weitverzweigtes bis hin nach Deutschland reichendes Imperium herrscht, soll vom Bahnprojekt profitieren. Das verwundert kaum noch, sorgt aber im Netz für Spott und Hohn.

Erst vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass für das Projekt Stuttgart 21 weitere Milliarden Euro benötigt werden. Nach erneuten Berechnungen liegen die Baukosten jetzt bei 9,15 Milliarden Euro. Und ein Ende ist noch nicht in Sicht.

Die wirtschaftlichen Turbulenzen infolge des Ukraine-Krieges erreichen nun auch das Bahnprojekt Stuttgart 21. Über die Baufirma Züblin, die dabei einer der größten Auftragnehmer ist, profitiert der russische **Oligarch Oleg Deripaska** mittelbar von dem Milliardenprojekt. Züblin gehört seit 2016 vollständig dem österreichischen Baukonzern Strabag SE mit Sitz in Wien. Drittgrößter Aktionär von Strabag ist mit 27,8 Prozent das russische Unternehmen Rasperia Trading Limited, an dem der Industrielle beteiligt ist; sein Anteil liege unter 50 Prozent, heißt es vague.

Doch sein angeblich immer noch guter Draht zum russischen Machthaber Wladimir Putin hat Deripaska zuletzt nichts genutzt. Der Milliardär hatte Anfang März zur Beendigung des Krieges in der Ukraine aufgerufen. Und Ende März erklärte er in seinem Telegram-Kanal, dieser „Wahnsinn (für den wir uns noch lange vor unseren Nachfahren schämen werden)“ hätte noch einige Wochen vorher durch vernünftige Gespräche beendet werden können.

Andererseits hat Deripaska der Nachrichtenagentur dpa zufolge auch vor einer angeblichen atomaren Gefahr aus der Ukraine gewarnt und lag damit auf Linie der russischen Kriegspropaganda. Jedenfalls nützen dem Oligarchen all die Wortmeldungen gegen den Krieg jetzt wahrscheinlich nichts mehr bei der Europäischen Union (EU).

Ein Sprecher des Bahnprojekts wollte die Verflechtungen auf Anfrage nicht

kommentieren. „Wir vergeben Aufträge generell nach geltendem Recht“, teilte er lediglich mit. Zu Vertragsinhalten äußere man sich grundsätzlich nicht. Offen ließ er, in welchem Volumen Züblin bei Stuttgart 21 engagiert ist.

Die Baufirma selbst hatte in der Vergangenheit mehrfach Zahlen genannt. Im Jahr 2012 vermeldete sie einen zentralen „Großauftrag“ über 300 Millionen Euro. Dieser umfasse die Errichtung der Bahnhofshalle, die Zufahrtstunnel nach Norden und Süden sowie



Wasserbauwerke. Als Stuttgarter Traditionsunternehmen sei man „natürlich sehr stolz“, an dem international wegweisenden Infrastrukturvorhaben „maßgeblich mitwirken zu dürfen“.

Strabag und Züblin zeigten sich jedoch deutlich auskunftsfreudiger als die Bahn. Eine für Deutschland zuständige Sprecherin sagte, man verurteile den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste.

„Er steht im absoluten Gegensatz zu allem, woran wir glauben, sowohl moralisch als auch völkerrechtlich.“

Angesichts der „unendlichen Not“ der vom Krieg betroffenen Menschen habe man umfassende Hilfsmaßnahmen in den wichtigsten Standortländern des Konzerns gestartet; dies seien Polen, Tschechien, die Slowakei und die Republik Moldau.

Zugleich wurden einschneidende Maßnahmen gegen Deripaska ergriffen. Die Privatstiftung der Familien Haselsteiner, mit 28,3 Prozent die zweitgrößte Aktionärin, kündigte den Syndikatsvertrag mit der Rasperia Trading und dem größten Aktionär aus dem Finanzbereich. Zuvor waren die Bemühungen gescheitert, den russischen Anteil an sich zu ziehen. Das Strabag-Management begrüßte die Schritte und kündigte an, alles rechtlich Mögliche zu tun, „um Schaden vom Unternehmen abzuwenden“.

Nach Medienberichten zufolge wurde Deripaska jedoch zunächst von EU-Sanktionen verschont. Sein Name sei bereits auf einer Liste gestanden, dann aber wieder gestrichen worden; dieser „brisante Vorgang“ habe in Diplomatentreisen Verwunderung ausgelöst.

In der Südwest-Wirtschaft war Deripaska erst voriges Jahr im Fokus gestanden. Er ist Gründer des russischen Aluminiumkonzerns Rusal, der nach heftigem Gerangel mit deutschen Interessenten die Aluminium („Alu“) Rheinfelden übernahm. Dort hieß es bisher, die Sanktionen gegen Russland betrafen das Unternehmen nicht. Man werde von der Muttergesellschaft weiter mit Geld versorgt und stehe auf festen Füßen.

Rusal war wegen Deripaska erst vor wenigen Jahren zum Ziel von US-Sanktionen geworden. Diese wurden aufgehoben, nachdem bestimmte Bedingungen erfüllt waren: Der Oligarch zog sich zumindest formal etwas zurück. Zudem schied der Deutsche Matthias Warnig, der im südbadischen Staufen wohnt, aus dem Aufsichtsrat aus; er hatte das Kontrollgremium geführt. Der Chef der Pipeline-Gesellschaft Nord Stream 2 wird von den USA wegen seiner – zumindest früheren – Nähe zu Putin kritisch gesehen; er steht aktuell auf der US-Sanktionsliste.

Nun soll Deripaska neuerdings doch auf der neuesten EU-Sanktionsliste stehen, und zwar ohne die Chance, davon wieder gestrichen zu werden, auch wenn er selbst so tut, als habe er mit Putin wenig zu schaffen.

Wie wir sehen, sind die komplexen Verflechtungen von Deripaska's Einfluss nur schwer zu durchschauen und aufzudecken. Doch das zu tun ist ein Grund, weshalb wir auch in Zukunft

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Die Rottenburger Campschule – Ein Erfolgsmodell

Partnerschaft mit Kiebingens Grundschule

Seit über einem Jahr existiert an der türkischen Grenze zu Syrien eine Campschule, die inzwischen von gut 100 Kindern besucht wird.

Mit ihren Eltern mussten die Kinder vor dem grausamen Krieg in Syrien fliehen und leben nun in einem Flüchtlingslager in bescheidensten Verhältnissen, was Wasser, Ernährung, Wärme, Hygiene und Gesundheit angeht. Im Winter sinken die Temperaturen auf fünf Grad, warme Winterkleidung und Schutz vor Regen und Schnee sind Mangelware.

Dies berichtete Petra Nann von „Wir

im Ländle“ im Rottenburger Gemeinderat und zeigte den Stadträtinnen ein Video aus der Campschule. Mit Unterstützung von Günther-Martin Pauli, Landrat im Zollernalb-Kreis, und vielen Spenden konnte Lehrmaterial gekauft, Lehrkräfte finanziert, Kleidung, Schulranzen und Sportsachen für die Kinder erworben werden. Außerdem wurde eine Partnerschaft mit der Grundschule in Kiebingen eingerichtet: Die Kinder malen sich gegenseitig Bilder, sehen sich per Skype auf dem Bildschirm und freuen sich gemeinsam über ihre neuen Freundinnen und Freunde.

Angesichts dieses großartigen Erfolgs wird der Gemeinderat auch für das nächste Jahr Gelder für die Campschule bereitstellen, solange es eben nötig ist. Was gibt es für junge Kinder in unterschiedlichen Ländern Schöneres, als Freundschaften zu schließen und darüber gegenseitige Vorurteile abzubauen, ein wichtiger Schritt gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Deshalb verdient dieses Projekt, lebhaft vom Integrationsbeirat mit Daniel Setzler gefördert, unser aller Unterstützung und Spenden!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Kurz und bündig

VdK: Energiepreispauschale auch für RentnerInnen!

Die Chefs der Wirtschaftsforschungsinstitute DIW und IW fordern, dass die geplante Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro auch für Rentnerinnen und Rentner gilt und greifen damit eine Forderung des Sozialverbands VdK auf. VdK-Präsidentin Verena Bentele sagt dazu: „Wir freuen uns, dass die Wirtschaftsforscher von DIW und IW eine Forderung des Sozialverbands VdK aufgreifen. Bei der Energiepreispauschale von 300 Euro für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die der VdK begrüßt, vergisst die Koalition wieder einmal die Rentnerinnen und Rentner. Sie dürfen nicht leer ausgehen. Denn gerade Seniorinnen und Senioren mit kleinen Renten sind besonders auf das Geld angewiesen, weil sie am Ende des Monats nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Die Preissteigerungen sind für diese Menschen ein großes Problem. Deshalb fordert der VdK einen Aufschlag auf die Rente von 300 Euro, der direkt ausbezahlt wird.“ Selbst nach 45 Jahren in Vollzeit und jährlich mindestens 23.800 Euro Verdienst liegt mit seiner Nettorente unterhalb des Grundsicherungsniveaus. Das gilt für 2,5 Mio. Renten!

Kurz und bündig

Sieben neue deutsche Milliardäre

In der jährlichen Rangliste des „manager magazins“ finden sich nicht nur die bekannten Hyperreichen in Deutschland wie Lidl-Gründer Dieter Schwarz (47,1 Mrd. Euro) und die beiden Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt (BWM, Atlanta etc.). Neu sind unter anderem Francine von Finck, Witwe von August von Finck (7,7 Mrd. Euro), Nadja Thiele, Witwe des Bremsenherstellers Knorr-Bremse und Vossloh (Bahntechnik) mit mehr als 2,3 Mrd. Euro sowie die Sixt-Brüder Alexander und Konstantin Sixt mit jeweils 1,3 Mrd. Dollar. Insgesamt nimmt Deutschland mit seinen 134 Milliardären weltweit den vierten Platz hinter den USA, China und Indien ein, gemeinsam besitzen sie ein Vermögen von 555 Milliarden Euro. Es wird hohe Zeit, über Oligarchen nicht nur in Russland zu sprechen, sondern auch in westlichen Industriestaaten wie Deutschland und den USA.

Kurz und bündig

G8-Gymnasium gescheitert

Das achtjährige Gymnasium als weiterführende Regelschule in Baden-Württemberg ist nach Ansicht des Landeselternbeirats gescheitert. Er fordert die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium. 2012 hatte die Kultusministerin Annette Schavan (CDU), die später wegen ihrer Plagiats-Doktorarbeit zurücktreten musste, das „Turbo-Abi“ nach 12 Schuljahren durchgesetzt. Jahrelang kritisierten Eltern und Lehrer den „Schavansinn“, denn die Verkürzung der Schulzeit fand ohne jegliche Vorbereitung durch neue Bildungspläne statt, die Lernenden wurden durch den Stoff gehetzt, die Nachhilfe-Institute blühten auf. Dabei hatten besonders begabte Schülerinnen schon immer die Möglichkeit, eine Klasse zu überspringen und das Abi nach 12 Jahren zu machen. Im Kern ging es auch nicht um die Schülerinnen, sondern um Lehrereinsparungen in der Oberstufe durch Abschaffung der Leistungskurse mit weniger Teilnehmern und Leistungsdruck für alle ab Klasse 5. Längst haben viele Bundesländer wieder das neunjährige Gymmi eingeführt, Baden-Württemberg hinkt mal wieder hinterher, denn das Stuttgarter Motto lautet: „Wir können weder Hochdeutsch noch Bildungspolitik.“

Bauplatzvergabe

Wozu Richtlinien, wenn sie nicht greifen?!

In seiner Sitzung am 24. Mai 2022 debattierte der Gemeinderat über einen Antrag zur Anpassung der Vergaberichtlinien von städtischen Bauplätzen. Das Tagblatt nannte es Streit.

Egal, wie man es bezeichnet, es war bereits ein Novum, dass es eines interfraktionellen Antrags durch 6 Ergänzender Gemeinderäte bedurfte, damit das Thema überhaupt auf die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen wurde. Die Rathauspitze schien mit allen Mitteln diesen Antrag verhindern zu wollen und holte sich im Vorfeld Rückendeckung sowohl im Ortsvorsteher-Sprengel, als auch im Ältestenrat (beide Gremien sind nicht beschlussfähig), um letztendlich dem Gemeinderat als Beschlussvorlage eine Ablehnung zu empfehlen. Leider verfiel diese Taktik bei vielen Gemeinderäten.

Worum ging es bei diesem strittigen Antrag?

Die Stadt verkauft ihre Bauplätze zum Selbstkostenpreis und damit weit unter den marktüblichen Konditionen. Zur Begründung heißt es: Man wolle durch diese verbilligten Bauplatzpreise es vor allem ortsansässigen (vereinsaktiven) Familien/jungen Leuten ermöglichen, Wohneigentum zu schaffen und somit verhindern, dass diese wegziehen müssen.

So weit, so gut, nun hat sich aber die Lage auf dem Immobilienmarkt in den vergangenen Jahren drastisch verändert, was unter anderem dazu führt, dass die Preise vor allem in den Großstädten ins Astronomische gestiegen sind. Dieser Druck bringt Bauwillige aus der ganzen Region dazu, sich auf diese günstigen Bauplätze in der Stadt Rottenburg zu bewerben.

Sehr deutlich zeigt sich dies in Ergenzingen durch die Nähe zur Autobahn und dem Bahnanschluss nach Stuttgart. Hier übersteigt die Nachfrage bei Weitem das Angebot. In diesem Fall greifen die Richtlinien für die Vergabe von Baugrundstücken der Stadt. Am Bei-

spiel des Baugebiets Öchsner II in Ergenzingen zeigt sich überdeutlich, dass die bisher geltenden Richtlinien mit den entsprechenden Kriterien zur Punktevergabe die beabsichtigte Zielgruppe nicht mehr ausreichend berücksichtigen. Dies führt in der Bevölkerung zu Unmut und Unverständnis.

Was liegt nun näher, als darauf zu reagieren und die Richtlinie anzupassen? Die Verbesserungsvorschläge dazu sahen folgendes vor:

- Bisher erhielten die Bewerber für jedes Jahr, die sie in der Stadt (Kernstadt oder Ortsteile) wohnen, 1 Punkt, allerdings begrenzt auf maximal 3 Punkte. Diese Anzahl sollte auf 5 Punkte (ab 4 Jahren) erhöht werden. Somit würde sich die Gesamtpunkteanzahl von 32 auf 36 Punkte erhöhen. In Bondorf werden über 100 Punkte vergeben. - **Abgelehnt!**
- Wer bereits über ausreichendes Wohneigentum (Haus, Wohnung) verfügt, wird nicht berücksichtigt. - **Abgelehnt!**

Gerade in diesem letzten Verbesserungsvorschlag sah Herr Neher eine Neiddebatte und diese zu führen, sei komplett daneben. Herrn Bednarz führte den hohen Verwaltungsaufwand und die Fehleranfälligkeit als Ablehnungsgrund an. Weiter wurde bemängelt, man hätte die Änderungen vorher in allen Ortschaften abstimmen müssen und 16 Ortsvorsteher (außer Ergenzingen) hätten diese zweifach abgelehnt.

Das führt doch zu der Frage, warum haben diese Ortsvorsteher nicht sofort Rücksprache mit ihren Ortschaftsräten genommen!? Als weiteres Argument wurde angeführt, jetzt die Kriterien zu verändern, sei ungerecht gegenüber denjenigen, die nach den alten Kriterien ihre Bauplätze erhalten haben. Hier sahen dann doch einige Gemeinderatsmitglieder ein, dass nach dieser Sichtweise sich überhaupt nichts mehr verändern ließe, und so wurden wenigstens zwei Anpassungen beschlossen.

- Nicht nur bei einem schwerbehinderten Familienmitglied, sondern auch bei einer Pflege ab Pflegegrad 3 soll es Punkte geben.
- Bereits eine Schwangerschaft wird bei der Punktevergabe berücksichtigt.

Herr Weigel verwies noch darauf, dass keiner der Bürgermeister schon nach den bisherigen Kriterien einen Bauplatz bekommen hätte. *Richtig, siehe Zielgruppe!*

Herr Bednarz merkte an, man werde immer Ungerechtigkeiten produzieren. *Richtig, aber bemühen darf man sich doch!*

Ein Gemeinderat hielt gar die ganze Diskussion um Vergaberichtlinien für „hirnrissig und kleinbürgerlich“, man sollte global denken und sich nicht auf eine Dörflichkeit und Kleinnestereien beschränken.

Eine solche Sichtweise und die vehemente Ablehnung seitens der Rathauspitze wirft schon die Frage auf, ob die vorgegebene Zielgruppe überhaupt der Hauptgrund für die verbilligten Bauplatzpreise ist oder ob es nicht ebenso darum geht, durch Zuzug die Einwohnerzahl zu erhöhen?! Dann aber sollte die Stadt ihre Bauplätze zu den üblichen Marktpreisen anbieten und die Gewinne daraus kämen der Einwohnerschaft zu Gute! Es könnte nur sein, dass die Nachfrage dadurch deutlich abnimmt und damit die Begründung, immer noch weitere Baugebiete auszuweisen, wegfällt.

Diesen Fragen sollte sich der Gemeinderat dringend stellen.



Marlene Fischer

Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Rottenburg - Ergenzingen

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Es ist soweit

Die Genossenschaft für Nahversorgung und Begegnung in Kiebingen geht an den Start!

Nachdem im Laufe der letzten Jahre in Kiebingen fast alle Gaststätten und Läden geschlossen haben, gibt es nun eine Wende: Am 1. Juli eröffnet der Tante-M Laden und das Genossenschafts-café in Kiebingen.

Nach längeren Vorüberlegungen wurde im Januar eine Genossenschaft gegründet, die inzwischen 120 Mitglieder zählt, die ein stattliches Vermögen beigesteuert haben. Die Stadt mietete dann die Räumlichkeiten der ehemaligen Gaststätte Drei-König (Desirée) und die Helfer und Helferinnen konnten in monatelanger ehrenamtlicher Arbeit die Räume und den Biergarten renovieren. Nach diesem Kraftakt ist es nun endlich soweit: Am 1. Juli dürfen die Genossen und Genossinnen und mit ihnen ganz Kiebingen die Eröffnung feiern!

Der Laden wird als Selbstbedienungsladen von Tante-M betrieben. Dies bedeutet, dass in der Regel kein Perso-

nal anwesend ist, sondern per Kunden-, oder EC-Karte, oder mit Bargeld selbstständig bezahlt wird. Tante-M bietet



den Riesenvorteil, dass an 365 Tagen im Jahr von 5 - 23 Uhr eingekauft werden kann. Dadurch ist die Nahversorgung für Kiebingen, und vielleicht auch darüber hinaus, wieder gewährleistet.

Das Café wird in der Anfangsphase von Ehrenamtlichen betrieben werden, was wiederum einen gewaltigen Kraft-

akt darstellt; aber die Bereitschaft, die Genossenschaft zu unterstützen ist im Ort sehr groß! Über den Sommer wird zunächst von Freitag bis Sonntag geöffnet sein. Vor allem der schöne Biergarten lädt in diesen Wochen für schöne sommerliche Stunden ein!

Auf mittlere Sicht soll das Café von Mittwoch bis Sonntag tagsüber geöffnet sein, und an den Wochenenden auch abends. Es ist

auch schon ein ganzes Bündel an kulturellen Veranstaltungen in Planung!

Die Genossenschaft freut sich auf Deinen/Ihren Besuch!

Meinrad Kreuzberger, Kiebingen

Ernährungssicherheit

Rathausrunde von Dr. Emanuel Peter - DIE LINKE

Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und industrielle Klimazerstörung führen zum Zusammenbruch globaler Lieferketten, verursachen große Fluchtbewegungen und gefährden weltweit die Ernährung von Millionen Menschen.

Diese Krisen zeigen: Wir brauchen eine Rückbesinnung auf lokale Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln. Anstatt immer mehr Flächen für Logistiker zu versiegeln, im Steinbruch Frommenhausen weitere 4,5 ha Muschelkalk (für Straßenbau, B 28 usw.) abzubauen, müssen wir die Landwirtschaft aufwerten, lokale Schlachthöfe wie in Rottenburg erhalten, Landwirten und Metzgern eine Zukunft geben: Schaf- und Ziegenherden sind entscheidend für unsere Streuobstwiesen und Kulturlandschaft. Tierschutz und Artenvielfalt sind Grundlage für Bestäubung und gute Ernten.

Warum gibt es seit mehreren Jahren für Rebio mit seinen 200 Bio-Landwirten (2.700 Tonnen Getreide im Landkreis, überwiegend für Lebensmittel) kein Angebot für Silo-

Flächen von der Stadt oder zumindest eine Übergangslösung? Warum werden in Teilorten Discounter-Ketten mit Billigangeboten und Fast-Food-Fleisch à la Tönnies hochgezogen statt Bauernmärkte und Dorfläden zu fördern? Sie gewährleisten frisches Gemüse und Obst aus regionaler Erzeugung und sind auch in Krisenzeiten Treffpunkte des sozialen Zusammenhalts.

Die hohe Inflation bei Grundnahrungsmitteln und Energie trifft zuerst Menschen mit geringem Einkommen – jeder Cent zählt. Aber helfen Einmalzahlungen gegen Dauerinflation? Wir brauchen existenzsichernde Löhne und armutsfeste Einkommen, statt Rentner, Studierende und Hartz-IV-Bezieher zu „vergessen“ oder mit leeren Versprechen abzuspeisen, damit weiterhin die höchsten DAX-Renditen seit je ausgezahlt werden. Statt die Gewinniger von Wenigen zu schützen, trägt eine höhere Kaufkraft für die große Mehrheit zu sozialem Frieden bei, stärkt die Binnenwirtschaft und die Demokratie. Soziale Sicherheit und Ernährungssicherheit für alle sind zwei Seiten derselben Medaille!

Rottenburgs Kinderbetreuung mit großen Lücken

Wo bleiben Sprachförderung und Bildungsangebote?

Erstmals erhielten Rottenburgs Stadträtinnen und Stadträte einen „mehrperspektivischen Bedarfsplan“ für die Kinderbetreuung in Krippen und Kitas.

Mehrperspektivisch heißt: Er umfasst die Vorschau für die Betreuungsplätze der nächsten drei Jahre, die Entwicklung von Neubaugebieten, den Zustand der Gebäude und den Bedarf an pädagogischem Fachpersonal. All das musste sich der Elternbeirat des Eugen-Bolz-Gymnasiums in den 90er Jahren noch mühsam zusammensuchen, um den Neubau eines städtischen Gymnasiums zu begründen – die Stadtverwaltung hatte keinerlei Ahnung über die Entwicklung ihrer Stadt! Jetzt berichtete Kulturamtsleiterin Beck in Abwesenheit von Herrn Müller-Sinn detailliert über die Situation in jedem Kindergartenbezirk und erhielt für die mühevollen Vorbereitungen viel Lob, aber auch viele Nachfragen und Anregungen. Ab Herbst 2022 sollen 1.670 Plätze für Überdreijährige und 345 Plätze für Unterdreijährige vorhanden sein.

Lücken in den Kita-Bezirken

In **Dettingen** sollen keine altersgemischten Gruppen (AM-Plätze) gebildet werden, 12 Kinder unter drei Jahren benötigen einen Platz, außerdem neun Tageskinder. Eltern fordern aufgrund des großen Bedarfs einen Waldkindergarten.

In **Ergenzingen** wird auf der Liebfrauenhöhe eine Gruppe für 25 Kinder ab September 2022 eröffnet, außerdem eine Waldkindergartengruppe mit 20 Plätzen ab Februar 2023. Wegen des Neubaugebiets Öchsner II besteht in Rottenburgs größtem Teilort weiterer Platzbedarf!

In **Hemmendorf** besteht eine große Nachfrage nach Tageseltern, zudem gibt es ab 2023 für 57 Kinder nur 40 Plätze!

Nicht viel anders in **Kiebingen**, ab 2023 sind nur 75 Plätze für 91 Kinder vorhanden. Auch in **Oberndorf** stehen nur 37 Plätze für 58 Kinder zur Verfügung.

Katrin Klotz (Gesamtelternbeirat der Rottenburger Kitas) kritisierte, dass kaum Rücksicht darauf genommen wird, Geschwisterkinder in derselben Kita aufzunehmen. Stadtrat Dr. Peter (DIE LINKE) rechnete vor, dass 70 Plätze für Tageskinder fehlen. Bezogen auf die Einwohnerzahl hat Rottenburg

schon jetzt die höchste Zahl an Tageskindern im gesamten Landkreis, gesucht wurden im Jahr 2021 Plätze für 224 Kinder. Auf Anregung von Dr. Peter wird der Sozialausschuss in seiner nächsten Sitzung ausführlich über die Situation in der Tagespflege sprechen.

Bloße Betreuung statt Bildung

Doch nicht nur hier ist die Personalsituation extrem auf Kante genäht, überall fehlt es an qualifizierten Fachkräften, besonders wenn die Ganztagsbetreuung zur Regel wird! Viele Eltern beklagen sich, dass von Bildung gemäß Orientierungsplan für die Kitas kaum noch die Rede sein kann und mancherorts sogar die Öffnungszeiten eingeschränkt werden müssen. Darunter leidet vor allem die Sprachförderung für den U3-Bereich.



Gerade in jungen Jahren ist Spracherwerb das A und O für die geistige Entwicklung von Kindern, die Lücken können in späteren Jahren nicht mehr aufgeholt werden, wie Sprachforscher herausfanden. Die fehlende Förderung spitzt sich gegenwärtig durch die Flüchtlingskinder aus der Ukraine noch einmal zu. Aber im Grunde ist es ein Irrtum zu glauben, dass nur Kinder aus anderen Ländern Sprachförderung benötigen. Was in diesem Lebensalter versäumt wird – so der aktuelle Sozialbericht des Landkreises – setze sich im gesamten Bildungsgang eines Menschen fort. Deshalb, so Dr. Peter (DIE LINKE) im Gemeinderat, benötigen wir in allen Kitas Sprachförderung und nicht nur in Gut-Betha und in der Klause. Die 134 zusätzlichen Fachkraftstellen in 2022 für ganz Baden-Württemberg seien ein Tropfen auf den heißen Stein.

Elternvertreter im Ländle spotten angesichts der „Projektitis“ der grün-

schwarzen Landesregierung, dass es nach den Sprachförderprogrammen Spatz und Kolibri wohl bald ein Förderprogramm namens „Kuckuck“ geben werde! Für die Sprachförderung ist eine Fachkraft nötig, die Fortbildung für die Erzieherinnen anbietet und sie zusätzlich qualifiziert, indem sie neue Erkenntnisse vermittelt.

Massiver Kita-Ausbau nötig

Der aktuelle Fachkräftemangel hat lokale und landesweite Ursachen. Landesweite Ursachen, weil die Landesregierung – erst schwarz-rot, dann grün-schwarz – mit geschönten Bevölkerungs- und Kinderzahlen gearbeitet hat. Das lässt sich in der Kinderbetreuung wie im Schulwesen ablesen und zeigt sich besonders an fehlenden Ausbildungsplätzen. Rottenburg zeigt sich überrascht, weil es jahrelang die Personalsituation auf Kante berechnet hat. Wenn dann eine Corona-Krise mit erhöhten Krankenzahlen beim Personal, in manchen Teilorten überraschend hohe Geburtenzahlen und dann noch Flüchtlingskinder hinzukommen, herrscht nur noch Notsituation.

Deshalb fordert DIE LINKE eine städtische Fachkraftoffensive durch mehr PIA-Stellen über den aktuellen, kommunalen Bedarf hinaus, eine Werbekampagne für Quereinsteiger (nicht nur unter ukrainischen Frauen!), und „Lockangebote“ (Wohnungen, kostenloser ÖPNV), um neue Kräfte zu gewinnen und bestehendes Personal langfristig zu binden. Für die PIA-Stellen müssen die Leitungskräfte Zeit und mehr Anerkennung bekommen, nachdem sie in den letzten beiden Tarifrunden „übersehen“ wurden: „Beifallklatschen und Schulterklopfen reicht nicht aus,“ so Kita-Leiterin Renkl-Evers, Initiatorin eines Offenen Briefs an Stuttgarts OB Frank Nopper.

Man darf gespannt sein, ob das Schönreden der Kita-Situation in Rottenburg durch OB Neher der Wirklichkeit standhält!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Ist alles schon eingetütet?

Rottenburg vor der Verpachtungsentscheidung

Noch zu Beginn des Jahres wussten wahrscheinlich nur wenige Bürger Rottenburgs vom Vorhaben der Stadt, einen „Windpark“ nördlich des Heuberger Hofs zu errichten. Schon ein Dreivierteljahr später steht die Verpachtungsentscheidung für das städtische Gelände an.

Zur letzten Gemeinderats- bzw. Ortschaftsratswahl war von dieser Planung zumindest öffentlich nichts bekannt. Eine breitere öffentliche Diskussion konnte es nicht geben. Jetzt bin ich den Entscheidungen von Ortschafts- und Gemeinderäten ausgeliefert, die sich doch genauso überrumpelt fühlen müssten. Erst am 17. Juni 2022 wurde der breiten Öffentlichkeit in Form der „Informationsbroschüre der Stadt Rottenburg a. N. zum Energiedialog“ das brisante Thema näher gebracht, wo bei nicht auf den ersten Blick klar wurde, dass es sich dabei um den Bau von acht Windrädern handelt, was hinter dem Begriff „Energiedialog“ versteckt wurde.

Wo bleibt der Bürgerwille?

Über den Energiedialog - ein Angebot des Landes Baden-Württemberg - ist zu lesen, dass es sich dabei um eine informelle, frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung handele. „Eine dafür eingesetzte Dialoggruppe soll einen sachlichen und allparteilichen Dialog für die Verpachtungsentscheidung zur Windenergienutzung in Rottenburg a. N. gewährleisten.“ (Infobroschüre) Zugestanden, an der Dialoggruppe können auch Bürgerinitiativen teilnehmen, aber welchen Einfluss wird eine Gegeninitiative gegenüber den Befürwortergruppen haben - personell und materiell? Schließlich „müssen alle relevanten politischen Gremien per Mehrheitsentscheidung zustimmen: die Ortschaftsräte in Hailfingen, Oberndorf, Seeborn und Wendelsheim sowie der Gemeinderat der Stadt Rottenburg a. N.“ (Infobroschüre)

Mein Schluss daraus ist, dass wenn sich eine Mehrheit (3:1) der Ortschaften gegen die Verpachtung des „Windparks“ ausspricht, sich der Gemeinderat - nach gängigem Verfahren? - nicht gegen das Mehrheitsvotum der Ortschaften stellen wird.

Sollte das Votum der Ortschaften ein Patt sein, wird der Gemeinderat in seiner Mehrheit die Entscheidungshoheit

für sich in Anspruch nehmen und es wird verpachtet.

Die Informationsveranstaltung in der Stadthalle verstehe ich im Nachhinein eher als eine hinhalte- und verzögerungstaktische Maßnahme. Unter diesem Gesichtspunkt war die Entscheidung der Initiative „Gegenwind“ an der Veranstaltung nicht direkt teilzunehmen nicht falsch. Das Interesse an der „Mahnwache“ war groß und regen Informationsaustausch gab es auch. Leider konnte aber auch der Eindruck entstehen, dass sich die Initiative in die Defensive drängen ließ.

... „Das bedeutet, dass alle Möglichkeiten einer klimafreundlicheren Energieerzeugung genutzt werden müssen und vor allem überall dort wo es **sinnvoll und vertretbar** ist. ...

Aus: Informationsbroschüre der Stadt Rottenburg a. N. zum Energiedialog - Hervorhebung durch die Redaktion

Zusammengefasst blieb bei mir der Eindruck: Bleibt ruhig, wartet ab, „noch nichts ist in Stein gemeißelt“ (Frau Alt von ALTUS), noch sind die Standort nicht verbindlich, befürchtet nichts, alles geht seinen gesetzlich geregelten Weg, statt (nur) acht Windrädern könnten wir auch 14 bauen, es geht ja nur um eine Verpachtungsentscheidung, die Wirtschaftlichkeit ist garantiert, die Wertschöpfung bleibt in Rottenburg und fließt u.a. in die städtische Infrastruktur.

Noch einige Anmerkungen und Fragen

Die Bezeichnung „Windpark“ ist eine beschönigende Beschreibung für eine Windkraft-Industrieanlage in einem durch Zufahrtswege und Montageflächen ausgedünnten Wald, der diese Bezeichnung nicht mehr verdient.

Ich nehme an, dass früher oder später - eher früher - der restliche „Wald“ in ein Gewerbegebiet umgewandelt wird.

Wenn sich Nicht-Betroffene für einen Windpark hier aussprechen, seien sie wohnhaft in Tübingen, Breitenholz, ja - auch aus der Kernstadt usw., dann fällt mir schnell das St. Floriansprinzip ein: *„Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' and're an!“* Und



wenn ein Leserbriefschreiber aus Tübingen geradezu nach einem Windrad bettelt („Yes - please in my backyard!“), dann sollte er vor Absenden des Leserbriefs mal seine Nachbarn fragen, was die darüber denken.

Schon höre ich die Frage, ob denn nicht gerade die

Skeptiker und Ablehner der Windkraft-Industrieanlage, das St-Floriansprinzip anwenden, dann möchte ich die Gegenfrage stellen, ob denn der ins Auge gefasste Standort überhaupt *sinnvoll und vertretbar* ist. (Kasten) Weitere Gutachten sollen das klären.

Sich auf derzeit gültige Regelungen zu verlassen, ist blauäugig. Wie schnell bestehende Gesetze und Verordnungen verändert werden können, erleben wir tagtäglich.

Machen Sie sich einmal die Mühe, und gehen sie an die Orte, von denen aus die „Aufnahmen“ mit der Augmented-Reality-App gemacht wurden (veröffentlicht in der städtischen Infobroschüre) und projizieren Sie die Bilder der „erweiterten“ Realität in die reale Landschaft. Sie werden erstaunt sein, welchen landschaftsverändernden Eingriff Sie bemerken.

Wo sind die anderen geprüften Potenzialflächen? Wie sieht ein detaillierter Vergleich aus? Nur der Rammert wurde bei der Info-Veranstaltung angesprochen.

Wie viel Mehrfachbelastungen sind den Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten, seien es Autobahnlärm und Abgase, Autobahnzubringerlärm, Gewerbegebiete mit ihrem Mehr an Verkehrsaufkommen?

Trotz aller Beruhigungsabsichten der Befürworter möchte ich nicht ruhig bleiben und auf objektiven, vollständige Informationen bestehen und dass Gegenpositionen nicht mit „Mythen“ zurückgewiesen werden.

Norbert Kern, Wendelsheim

„Erweiterung des Steinbruchs bei Frommenhausen 2022“

Offener Brief an die politischen Entscheidungsträger (Auszüge)

Anfang Mai fand eine siebenstündige Anhörung des Landratsamts zum Antrag der Bau-Union und den über 600 Einwendungen von BürgerInnen statt.

Die Firma will den Steinbruch um 4,5 Hektar auf insgesamt über 22 Hektar erweitern, um jährlich 800.000 Tonnen Muschelkalk abzubauen, der vor allem für Straßenbau benutzt wird. Dadurch werden der Naturschutz um die Kapfhalde, wertvolle Ackerflächen und die Gesundheit der Bevölkerung durch den LKW-Lärm von mindestens 250 Fahrten täglich stark gefährdet. Hirrlingens Bürgermeister Wild kritisierte Rottenburgs Bürgermeister, die mit Hilfe ihrer Pachtverträge diese Gefahren abwenden könnten – aber bei der Anhörung durch Abwesenheit feige knifften!

Bau-Union hält keine Zusagen ein

Jetzt appellieren Bürger aus Frommenhausen, Hirrlingen und Bietenhausen in einem „Offenen Brief“ an die politischen Entscheidungsträger in Stadt, Kreis und Land (Ministerien), „aus der Verantwortung nachfolgenden Generationen eine intakte, lebenswerte Heimat zu hinterlassen, wie wir sie von unseren Vorfahren übernommen haben“, diese Erweiterung abzulehnen.

Die Unterzeichner kritisieren besonders die „Dimension und eklatanten Verstöße des Betreibers gegen unsere Gesetze“, die sie wegen des Nachhaltigkeitsprinzips und der Generationengerechtigkeit nicht mehr hinnehmbar finden und werfen der Bau-Union vor:

„Bereits im Jahre 2011/12 wurden dem Betreiber forstliche Rekultivierungs- und Wiederaufforstungsverpflichtungen von 4,59 ha innerhalb des Steinbruchs in einer Durchführungszeit von 10 Jahren vom Landratsamt auferlegt. Diese auferlegten Aufforstungsmaßnahmen innerhalb des Steinbruchs wurden vom Betreiber bis heute unterlassen! Wie verhält sich das Landratsamt gegenüber der noch nicht beglichenen aber auferlegten Strafzahlung über 140.000 Euro und der auferlegten Wiederaufforstungsflächen von 4,59 ha innerhalb des Steinbruchs? Fakt ist, selbst wenn das Landratsamt endlich handelt, das Mikroklima unseres Naherholungsraumes ist inzwischen empfindlich gestört. Der Betreiber ignoriert bisher seine Wiederaufforstungs-

verpflichtungen. Wir wollen aufgeforstete Waldflächen bei uns, wie schon 2012 vertraglich festgelegt.“

Ein besonderes Ärgernis ist der sog. Anlagenzielverkehr des Steinbruchs, der seit Jahren das rechtlich Erlaubte übersteigt: „Richtwerte für Lärmbelastung werden ignoriert und Auflagen

Der Offene Brief erinnert an Art. 20a GG

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

der Fahrtenbegrenzung, analog der Wiederaufforstung, rechtswidrig gebrochen. Hilferufe von betroffenen Anwohnern in Frommenhausen und in Hirrlingen werden von den verantwortlichen Politikern der beteiligten Kommunen und vom Landratsamt Tübingen (LRA) überhört, fadenscheinig relativiert und leider zu oft ignoriert. Warum lassen sie uns im Stich, wenn wir sie brauchen.“ Deshalb fordern die Verfasser: „Keine Mehrfahrten und damit keine Zunahme der Lärmbelastung. Wir setzen uns für die Gesundheit unserer Mitmenschen ein.“

Fauler Kompromiss zum Dietstein

Weiter heißt es: „Gegen den Kompromissvorschlag (2014) der Bürgerinitiative (BI) „Zukunft Frommenhausen“ wurde die entscheidend an das Naturschutzgebiet Kapfhalde angrenzende Fläche „Dietstein“ trotzdem in die Verpachtung hinzugenommen. Das ist ein gravierender Verstoß gegen unser Demokratieverständnis und gleicht einer Ohrfeige für die damals in der BI engagierten Bürger. Die Auswirkungen auf das angrenzende Naturschutzgebiet können nie umfassend untersucht und negative Folgen daraus ausgeschlossen werden. Sperrt die Fläche „Dietstein“ für den Gesteinsabbau – Das Naturschutzgebiet darf nicht endgültig zerstört werden!“

Insbesondere nehmen die Unterzeichner die Verantwortlichen der Stadt Rottenburg in die Pflicht: „Der Flächenerwerb durch die Stadt Rottenburg ist unverständlich und intransparent. Dieses Vorgehen schadet den örtlichen Landwirten und gefährdet deren Exis-

tenzen sowie die regionale Grundversorgung. Wenn der Abbau mit der geplanten Intensität betrieben wird, haben wir eine Generation später bereits eine Abbaugrube bis zur L392. Somit fehlt eine landwirtschaftliche Nutzfläche mit deren Ertrag sich 250 Menschen ernähren ließen (Frommenhausen hat etwas über 500 EW).“ Sie schlussfolgern: „Regionale Grundversorgung und die Eindämmung der Erderwärmung haben Vorrang vor der Rohstoffgewinnung für den überregionalen Straßenbau!“

Sie stützen sich dabei auf die Aussage von Landrat Walter beim Erörterungstermin: „Ein Großteil der vorgebrachten Einwände könnte von der Stadt Rottenburg als Verpächter und Grundstückseigentümer geregelt werden. (...) Wir fordern: Herr OB Neher, bitte legen Sie im Pachtvertrag die Fahrtenquote auf die derzeitige Höchstbelastung von 220 Fahrten pro Tag fest!“

Ein ungezügelter Abbau für eine überregionale Rohstoffversorgung habe enorme Folgen für Mitbürger und deren Heimat, gefährde die Gesundheit der Menschen, sei ein unwiederbringlicher Verlust an landwirtschaftlicher Fläche zur Nahrungsmittelproduktion, stelle Eingriffe in ein fragiles Ökosystem durch Rodung, Grundwasserabsenkung und CO₂Ausstoß und zerstöre unwiederbringlich die Naturdenkmale Kapffelsen und Kapfhöhle.

Abschließend betonen sie: „Wir akzeptieren den Steinbruch, stehen aber für einen generationengerechten und zeitlich verträglichen Rohstoffabbau und fordern unsere kommunalen Vertreter auf, endlich mit uns zusammen eine nachhaltige Lösung zu finden. Profitinteressen dürfen nicht über nachbarschaftliche Solidarität und Umweltschutz gestellt werden. Unsere Zukunft und die unserer Kinder in einer lebenswerten Heimat steht auf dem Spiel! Regulieren Sie Abbaumenge und Fahrten im Pachtvertrag zum Schutz der Menschen! Schützen Sie unsere Natur als Lebensgrundlage unserer Gemeinden!“

(Die Unterzeichner werden vertreten durch Aaron Wagner, Rangendingen-Bietenhausen und Martin Deibler, Hirrlingen)

DIE LINKE meint: Der mutige Appell braucht überkommunale Unterstützung aus allen Ortschaften und von den politischen Gremien.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Neues aus der Garttestroß

D'r Holger Steinmetz, där wohnt bei mir in der Garttestroß 105, seit sechs Semästerr. I hann für den Studiosus mei Garasch mit fließend Wasser reserviert. A bissle Souterrai, aber wirklich nett schlecht ond mit komfortabler Nasszelle, fascht koin Schimmel. Er studiert, wenn'r studiert, obe im Schadeweilerhof bei de Jäger ond Sammler. Sei Fach, wo där studiert, hoisst der Kerle Regionalmänätschment oder so. Koi Ahnung was dess isch. Jedefall isch där ein Jenseits-Raucher, Selbstgedrehte, *Schwarzer Krauser* oder *Manitou* – i ko Ihne sage!!!

Die Woch hänn mir wieder Händel g'hett. Ond dess isch so gwä: Beim Neckerfäscht hott'r sich von der WTG an noble Job gholt. Er isch als verdeckter Ermittler, also ohne Uniform ond Heckler & Koch-Knarre, auf der Suche nach Fäschtabeiche-Verweigerer gwä, also Quärdänker-Lokal, ond zwor überall, am Schotter-Schänzle, bei de Fäschtflöß am Ufer, beim Kinderflohmarkt, eifach überall, wo die WTG Drückeberger in Sache Fäschtabeiche vermute hänn müsse. Für jeden, den'r verwischt hott, da hott'r 5 Euro plus 2 Euro Strafgebühr verlangt, er hott auf Honorarbasis ein Euro für jede erfolgreiche Ermittlung kriegt. Ond des isch so was von gerächt, weil die Veraine, die sollet am Schluss viel weniger Standgebühr zahle, wenn des mit dem Fäschtabeiche so richtig klappt. Er hott'r nett verzeelt, wie viele er verwischt ond erkennungsdienlich behandelt häb. Die Kalkulation isch aber ganz eifach ond geht so:

Die Veraine zahlet, je nach Standort, neckernah, neckerfern zwischen 3 ond 8 Euro pro Quadrat- ond Kubikmetermeter Standfläche ond müsset den Umsatz niemand sage, au nett dem Doktor Bednarz. Pressesprecherin Birgit Reinke, die bekanntlich alles verzeelt, was der Neher gern hört, die hott au gsagt, dass des a Super Start-Up à la Suomenlocenna war

– die Sach mit dem Floßbändele. Die Veraine senn alle überglücklich, sagt Frau Reinke, ond brauchet zur Abrechnung bloß no an Steuerberater.

Aber was i no sage will: I hann mit dem Holger Händel wäge der Drohnen-Schow vom Samstich ghett. Drohnen statt Feuerwerk, dess hott'm ett g'falle. Des sei auch in dieser Zeitenwände zu militaristisch, sagtt'r. Dabei könnten Raudeburg ond seine 17 Teilflecke grad mit Drohnen erhöhte Solidarität mit der Ukraine demonschtriere: Mit einem Drohnen-Geschwader ko m'r dem Russ zeige wo's lang geht, wenn'r weiter so macht, wie'r macht. Ond ganz näbebei, do hann i dem Holger gsaggt, wenn'r bis zum 1. August nett

den 5. amtliche Impfnochweis in Sache, Sie wisset scho, bei mir vorlege ko, no isch's aus mit der Gemütlichkeit in meiner Garasch! I lass mir doch mei Mietwoh-



nung im Souterrai von dem Kerle nett mit Corona verseuche ond verpäschte. Soweit kommt's no, womöglich vermischt mit Fiere von dr nigerianischer Schweinepäscht. Ond no was hann i dem Holger ins Gsangbuch gschriebe, wenn'r je mit seiner Lisbeth – die macht uff Kunscht oben im Künstlerhof –, wenn'r mit der je nach Kassel zur Documenta fahre tät, dann gibt's frischtlose Kündigung wäge Sympathismus für rassistische Kunscht in Einheit mit drre *Antisemita Fuffzehn*. Freiheit der Kunscht, jo wo sänn m'rr denn, verehrte Herrschaften! Nett amol d'r Olaf isch nogange ond hat mutig ond stilvoll verzichtet. D'r Kanzler hott also, wenn's druffakommt, a granatemäßige Charakter.

MfG, Walter

Kurz und bündig

Rheinmetall macht mit Ukraine-Krieg glänzende Geschäfte

Laut Firmenchef Armin Papperger will Rheinmetall seinen Umsatz bei militärischen Gütern verglichen mit 2021 für das laufende Jahr um satte 20 Prozent steigern, vor Beginn der Ukraine-Kriegs waren es „nur“ zehn Prozent. Aber jetzt hat ja die Bundesregierung mit ihrem „Investitionspaket“ von 100 Mrd. Euro nur für Rüstung, das im Grundgesetz verankert werden soll, den deutschen Militärkonzernen für die nächsten Jahre glänzende Geschäftsaussichten versprochen. So bot Rheinmetall der Regierung ein „langfristiges Produktpaket“ über 42 Milliarden Euro an (Munition, Lastwagen, Panzer, High-tech und Flugabwehr-Türme). Dafür will Rheinmetall die Zahl der Beschäftigten von 24.000 um weitere 3.000 erhöhen. Niemand spricht davon, dass die großen Materialmängel der Bundeswehr wesentlich durch die teuren Auslandseinsätze in zwölf Ländern und durch das Milliarden-Desaster in Afghanistan verursacht wurden. Hinzu kommt noch Flinten-USchis Millionen-Desaster bei der „Renovierung“ der Gorgh Fock – zum Glück fragt niemand nach, wer die Verantwortung trägt!

Schlachthof in Gärtringen als Lösung?

Initiative strebt Bürgerbegehren an

Vor über vier Wochen versprachen OB Neher und BM Bednarz im Gemeinderat, dass der Vertrag Rottenburgs mit dem Schlachthof Gärtringen eine Frage von Tagen sei, da es nur noch um die Vertragslaufzeit gehe, alle Bedingungen Rottenburgs wie Tierwohl, Regionalität und Bioqualität seien geregelt.

Für die Gärtringer Lösung gebe es eine Kooperation über die nötigen 9,6 Mio. Euro. Davon zahle der Landkreis Böblingen 3,4 Mio., der Landkreis Tübingen 700.000 und Rottenburg 300.000 Euro. Selbstverständlich sei der Vertragsentwurf geheim! Eine Verzögerung bei den Beschlüssen des Gemeinderats und des Landkreises führe zum kompletten Scheitern. Damit war der Antrag der Grünen im Gemeinderat gemeint, die Entscheidung an den Landkreis zu übergeben. Dies hatte ein fraktionsübergreifender Antrag von CDU bis Linken bereits im April 2020 gefordert, der im Kreistag nie behandelt worden war.

300 000 Euro ohne jegliche Grundlage

In der Diskussion kritisierte Stadtrat Volkmar Raidt, dass es für den Beschluss über 300 000 Euro keinerlei Vertragsgrundlage gibt und offenbleibt, was mit diesem Geld passiert, wenn Gärtringen nicht realisiert werden kann. Denn schon jetzt müssen viele Schweinezuchtbetriebe wegen der niedrigen Preise für Erzeuger schließen. Doch für OB Neher handelt es sich bei den 300 000 Euro um „reines Verwaltungshandeln“!

Schlussendlich zogen die Grünen ihren eigenen Antrag auf Überweisung des

Themas an den Kreistag zurück. – Dr. Peter (**DIE LINKE**) übernahm ihn und begründete das unter anderem mit der Stärkung der regionalen Lebensmittelproduktion und dem Zusammenbruch von Lieferketten durch Corona und den Ukraine-Krieg: „Eine nachhaltige regionale Kreislaufwirtschaft für gesunde Lebensmittel darf nicht nur den Schlachtprozess im Auge haben, sondern muss vom gesamten Ökosystem mit der Artenvielfalt ausgehen, das die Grundlage für eine nachhaltige Natur- und Kulturlandschaft in unserer Region ist.

Vieh- und Schlachtung und Erhalt unserer Naturlandschaft stehen in direkter Wechselbeziehung zueinander. Lokale Schlachthöfe wie der Rottenburger haben eine zentrale Bedeutung für Bauern, Metzger und Viehhalter, die neben der Aufzucht des Viehs eine entscheidende Rolle für die Habitats rings um Rottenburg spielen.

Die kleinen Schlachthöfe stehen im krassen Widerspruch zu den Schlachtfabriken wie der von Tönnies mit ihrer Missachtung des Tierwohls wie auch den brutalen Ausbeutungsverhältnissen der Beschäftigten durch Subunternehmen. Deshalb besteht ein Interesse am gesellschaftlichen Gemeinwohl daran, lokale Schlachthöfe aufrechtzuerhalten und zu fördern.

Bisher gibt es für den Gemeinderat keinerlei Antwort auf dringende Fragen zum Zusammenhang von Schlachthof und Kulturlandschaft, wenn Schaf- und Ziegenzüchter zusätzlich mit langen Wegen zum Schlachthof belastet werden und sie ihre Viehzucht aufgeben müssen. Wer übernimmt dann die kostspielige Pflege unserer Kulturland-

schaft, die in der Bewerbung für die Landesgartenschau noch eine so große Rolle gespielt hat?“

Bürgerbegehren für den Erhalt eingeleitet

Doch in der Abstimmung unterstützten die Grünen auf einmal ihren eigenen Antrag nicht mehr, so dass die Überweisung an den Kreistag keine Mehrheit fand! Noch kurz vor der Sitzung des Gemeinderats hatten 14 Organisationen einen dringenden Appell an alle StadträtInnen gerichtet, sich für die Aufrechterhaltung des Rottenburger Schlachthofs einzusetzen.

Jetzt leitet die Initiative zum Erhalt des Schlachthofs ein Bürgerbegehren ein, den ersten Schritt auf dem Weg zu einem Bürgerentscheid. Dafür werden mindestens 2.500 Unterschriften von RottenburgerInnen über 18 Jahre gebraucht. Dann entscheidet der Gemeinderat über die Zulässigkeit des Antrags.

Wenn die nötigen Unterschriften vorhanden sind, darf die Verwaltung nichts Gegenteiliges mehr unternehmen, d.h. den Vertrag mit Gärtringen unterzeichnen und dadurch die Schließung des Rottenburger Schlachthofs einleiten.

DIE LINKE unterstützt das Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid für den Erhalt unseres Schlachthofs als wichtigen Baustein für eine regionale Ernährungssicherheit der Bevölkerung (siehe Rathaus-Runde **DIE LINKE**).

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Kurz und bündig

Benzinpreise – Ölkonzerne schröpfen die Pendler

Trotz der angeblichen Preissenkung an den Zapfsäulen stopfen sich die Ölkonzerne die Taschen voll – auch dank der FDP, die jede effektive Durchsetzung der Preissenkung verhindert. In Italien wird zum Beispiel die Preissenkung der Fahrer/der FahrerIn gleich an der Kasse ausgezahlt! Aber bei uns haben die drei größten Ölkonzerne ihre Gewinne vom 1. Quartal 2021 auf das 1. Quartal 2022 enorm gesteigert: Shell von 2,9 Milliarden auf 8,6 Mrd., Exxon von 2,6 Mrd. auf 5,2 Mrd. und Chevron von 1,6 Mrd. auf 6,2 Mrd. Euro, also fast viermal so viel! Es lebe die unkontrollierbare „Marktwirtschaft“ der FDP, die im Übrigen ja auch jede Tempodrosselung auf Bundesautobahnen und damit jede CO2-Senkung verhindert!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

„Windparkschützer m/w/d“

Wo bleibt die Stellenausschreibung?

Jetzt hat man sich schon so viele Gedanken um den „Windpark“ gemacht, doch um seine Sicherheit hat man sich wenig gekümmert. Deshalb denke ich an eine Initiativbewerbung als Windradparkwächter nach, denn von einer Stellenausschreibung habe ich noch nichts gelesen.

Als Wächter muss man schon durch seine Kleidung eine gewisse Autorität ausstrahlen und schon rein äußerlich sich seiner Aufgabe zuordnen lassen. Ein Polizist ist sofort seiner Funktion zuzuordnen. Schön wäre es doch, wenn der Windparkbesucher mich als dessen Wächter erkennen würde und ich mir lange Erklärung ersparen könnte: weiße Schuhe, schmale weiße Hose, enge Jacke und einen sehr breiten roten Gürtel. Als Kopfbedeckung denke an so etwas wie eine hohe Kochmütze mit einem Emblem, das einem Windrad gleicht. Bedenken, dass es mir diese vom Haupte weht, habe ich nicht, denn viel Wind ist nicht zu erwarten. I

Ich denke, das ergäbe ein durchaus positives Erscheinungsbild. Meine Name wäre gut leserlich auf der linken

Brusttasche aufgesteckt und die Funktion als Windparkbegleiter oder Windparkschützer benannt. Wächter wäre mir zu martialisch und Sheriff ginge auch nicht. Als Kompromiss wäre vielleicht auch Windmühlenhüter denkbar oder Windparkranger.

Was befähigt mich zu dieser für mich neuen Herausforderung? Sie wissen doch: Ohne Herausforderung leben Sie nicht mehr. Deshalb suchen so viele Personen eine neue Herausforderung um als dynamisch zu gelten.



Zuerst meine Affinität - um nicht zu sagen: Liebe - zu allem, was der Umwelt gut tut. Mein Klein-Häuschen verfügt über Solaranlage, eine PV-Anlage, eine Zisterne, wasserdurchlässige Zugangswege und mit Öl heize ich auch nicht. Mein Herz schlägt schon immer dafür, *erneuerbare Energie aktiv voran zu bringen, Energieerzeugung strategisch und operativ weiterzuentwickeln und heute an morgen zu denken.* (Aus: Anzeige der Statwerke Rottenburg - SWR).

Des weiteren verfüge ich über ein waches Auge, um eventuelle WKA-Frevler (Sprayer („Fuck the wind“) Fundamentausgräber, Gegenwindbläser etc.) zu erspähen. Ich bin schwerhörig für Windradlärm, resistent gegen Schlagschattenflackern, verfüge über dialektgebundene Sprachkenntnisse, empathische Kommunikationsfähigkeit, erfreue mich am Bewegen im frischen Wind, bin schwindelfrei beim Blick nach oben in die Windradkrone und nach unten vom Beobachtungshochsitz. Als ehemaliger Lehrer verfüge ich über ausgefeilte Zurechtweigungsbefähigung und ggf. strengen Blick. Naturdienliche Strafarbeiten würden mir gewiss auch einfallen.

Wird meine Bewerbung nicht erfolgreich, wäre ich auch glücklich, wenn Vertreter der Stadtspitze - unter Aufgabe ihrer jetzigen Tätigkeit - diese verantwortungsvolle Herausforderung annehmen würden und konfliktverhindernd im städtischen Wald tätig würden - ganz ohne ein „Forum Energiedialog“ und unter dem Motto „Frischer Wind ins Rathaus.“

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:

Samstag, 2. Juli 2022, 10 - 12 Uhr

-Sommerpause -

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:

Samstag, 17. September 2022, 10 - 12 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Termin wird noch bekannt gegeben, 19.00 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu linksjugend rottenburg:

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe: 10. September 2022



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung

Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,

72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75

72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg